

Rede der Niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn zur  
Eröffnung des

Internationalen Endlager-Hearings

am 21. September 1993 in Braunschweig

(Anrede),

ich freue mich sehr, Sie zum Internationalen Endlagerhearing in Braunschweig begrüßen zu können. Wenn ich richtig gezählt habe, dann sind hier Referenten und Teilnehmer aus 14 verschiedenen Ländern versammelt. Allein das zeigt deutlich: Was gern beschönigend die "Entsorgung" nuklearer Abfälle genannt wird, brennt nicht nur uns hier in Niedersachsen auf den Nägeln, sondern auch den Menschen anderswo auf der Welt.

Dies ist die schwere Hypothek, mit der uns die sog. friedliche Nutzung der Atomenergie bis heute belastet.

(Am Anfang des Atomzeitalters)

Vor 51 Jahren begann das Atomzeitalter. In den Vereinigten Staaten, in Chicago, wurde im Dezember 1942 der erste Atomreaktor der Welt hochgefahren. In ihrem Freudentaumel über die vermeintlich gebändigte Kraft des Atoms versprachen die Väter der Kernspaltung: Atomstrom werde so billig sein, daß sich das Installieren von Stromzählern gar nicht lohnen würde.

Nach 51 Jahren wissen wir mehr

Heute, über ein halbes Jahrhundert später, sind wir leider klüger. Wir wissen mehr über das sogenannte Restrisiko der Atomenergie:

- Harrisburg und Tschernobyl,
- 1987 ein Beinahe-Gau im deutschen Atomkraftwerk Biblis,
- osteuropäische Reaktoren, deren Zustand auch hartgesottene Atomkraft-Befürwortern Angst einjagt,
- ein schwunghafter Schwarzhandel mit strahlenden Stoffen,
- Plutonium-Transporte um die halbe Welt.

Das sind nur wenige Meilensteine auf dem Weg dieser angeblich so sauberen und sicheren Form der Stromerzeugung.



Heute, ein halbes Jahrhundert nach Beginn des Atomzeitalters, wissen wir leider auch, daß wir mit dieser Form der Energieerzeugung ein Langzeitproblem besonderer Art haben: Zivile und militärische Nutzung der Atomenergie hinterlassen riesige Mengen radioaktiver Abfälle, die auf sichere ihre Beseitigung warten.

### Uranabbau

Bereits die Gewinnung des Urans für die Brennelemente der Reaktoren hinterläßt Millionen und Abermillionen Tonnen radioaktiver und giftiger Rückstände. Eine Tonne gewonnenes Uran hinterläßt 600.000 Tonnen Abfall. 85 % der bei Abbau und Verarbeitung freiwerdenden Radioaktivität stecken in solchen "Tailings". Sie finden sich in den Wismut-Minen der ehemaligen DDR ebenso wie in Australien, Kanada, der Tschechischen Republik, Frankreich, Namibia, Niger, Südafrika, der GUS und in den Vereinigten Staaten.

Die Folgen für die Menschen in den betroffenen Regionen sind katastrophal: Sie werden krank, Kinder kommen mit Erbgutschäden zur Welt, viele - wie die nordamerikanischen Indianer - werden aus ihren angestammten Lebensräumen vertrieben.

### Wohin mit dem Müll?

In den Pioniertagen des Atomzeitalters glaubte man noch, sich vor einer Atomexplosion schützen zu können, indem man sich eine Akkentasche über den Kopf stülpen oder Schutz unter einem einem Tisch suchen würde.

Ähnlich sorglos und naiv war die Einstellung gegenüber den strahlenden Hinterlassenschaften der neuen Energie: Man solle das antarktische Eis als Deponie für hochradioaktiven Müll nutzen oder ihn mit Raketen in den Weltraum schießen.

Für schwach strahlende Abfälle lautete die Devise: "verdünnen und verteilen". Für feste, schwachaktive Abfälle dienen sogar offene Gräben und Löcher als Lagerstätten. Erst allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß auch die sogenannt schwach strahlenden Abfälle besser von der Biosphäre isoliert werden müssen.

### Wohin mit dem hochradioaktiven Müll? (Abgebrannte Brennelemente)

Die wohl gefährlichste Abfallart, die beim Betrieb der Atomkraftwerke anfällt, sind die stark strahlenden abgebrannten Brennelemente. Deren Menge wächst ständig. Bis 1985 gab es weltweit rund 41.000 Tonnen, in der Mitte des nächsten Jahrhunderts werden es laut Internationaler Atomenergieorganisation bereits 450.000 Tonnen sein - also mehr als zehnmal soviel.

Bis deren Aktivität abgeklungen ist und sie völlig ungefährlich geworden sind, müssen z.T. hunderttausende oder gar Millionen Jahre vergehen.



Seit den sechziger Jahren sind sich viele Regierungen und Wissenschaftler einig: Die beste Lösung für die Endlagerung von stark strahlenden und langlebigen radioaktiven Abfällen liegt ein paar hundert Meter tief in der Erde.

### Zeitpläne und was aus ihnen wurde

Heute, 1993, gibt es noch immer kein einziges Endlager für hochradioaktive Abfälle in der Welt. Aber täglich wird weiter Atomabfall produziert – alles in der Hoffnung, man werde das Problem schon irgendwann und irgendwie lösen.

Dabei hatten sich viele Länder ehrgeizige Ziele gesetzt. In den USA wurde aus dem Datum 1985, zu dem ein Endlager in Betrieb gehen sollte, das Jahr 2010.

In der Schweiz beschloß das Parlament 1978, keine weiteren Atommeiler zu genehmigen, solange das Endlagerproblem ungelöst sei. Falls bis 1985 keine Gewähr für ein Endlager existiere, sollten die 5 Reaktoren stillgelegt werden. Ein Endlager für hochradioaktiven Müll ist aber bis heute nicht in Sicht – trotzdem wurde kein Reaktor abgeschaltet.

Selbst im "atomverliebten" Frankreich mußten Erkundungen an vier Standorten wegen heftiger Bürgerproteste eingestellt werden. 1991 wurde beschlossen, zunächst zwei Standorte für unterirdische Labors zu finden. Dort sollen tiefe geologische Schichten auf ihre Eignung als Endlager für hochradioaktive Abfälle untersucht werden. Spätestens im Dezember des Jahres 2006 soll dann im Parlament ein Gesamtbericht über die Untersuchungen vorgelegt werden. Der vorgesehene Zeitpunkt für die Inbetriebnahme eines Endlagers – das Jahr 2010 – ist nicht mehr zu halten.

In Großbritannien und den Niederlanden ist die langfristige Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen beschlossene Sache. Auch hier sind Endlager nicht in Sicht.

In Deutschland hat man sich in den sechziger Jahren auf Salz als Endlagermedium festgelegt. Mitte der siebziger Jahre begann die Suche nach einem geeigneten Standort. Dort sollte ein sog. "nukleares Entsorgungszentrum" mit Wiederaufarbeitungsanlage, Fertigung von Brennelementen, Abfallbehandlung und Endlager errichtet werden – ein Ausdruck von Atom-Euphorie, die in der westdeutschen Bevölkerung schon damals auf bereite Kritik stieß.

Als Ergebnis wurden drei Salzstöcke in Niedersachsen zur näheren Untersuchung vorgeschlagen (Lutterloh, Lichtenholz, Wahn). Im November 1976 hat man die Standortsuche allerdings abgebrochen. Die damalige CDU-geführte Niedersächsische Landesregierung hatte angeblich die Bundesregierung darum gebeten. Im Februar 1977 benannte die Landesregierung unter Ministerpräsident Albrecht schließlich Gorleben als einzigen Standort für ein Endlager und das nukleare Entsorgungszentrum.



Von einer systematischen Standortsuche kann bei dieser Geschichte nicht die Rede sein. Gesucht wurde mit dem Finger auf der Landkarte. Die Festlegung auf Gorleben war stark von taktisch-politischen Erwägungen beeinflusst. Man wählte eine ländliche, strukturschwache Region nahe an der Grenze zur ehemaligen DDR. Dort erwartete man wenig Widerstand der Bevölkerung – ein Irrtum, wie sich herausstellen sollte.

Heute ist diese Grenze verschwunden, Gorleben liegt mitten in Deutschland, der Widerstand der Menschen in und um Gorleben ist ungebrochen und die Eignung des Standortes steht heute mehr denn je in Frage.

In Deutschland war 1977 noch vom Datum 1991 als möglichem Betriebsbeginn für ein Endlager für alle Abfallarten die Rede. Heute streben die Betreiber das Jahr 2008 an. Aber auch das steht in den Sternen. Die Arbeiten in einem der beiden Schächte ruhen. Sie ruhen unter anderem deshalb, weil den Betreibern Rechte an Grundstücken fehlen, auf die sie schon lange spekuliert hatten.

Der zweite geplante Endlagerstandort in Deutschland ist der Schacht Konrad bei Salzgitter – eine stillgelegte Eisenerzgrube. Seit 1975 wird der Schacht auf seine Eignung als mögliches Endlager für nicht wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle untersucht. Seit 1982 läuft ein Planfeststellungsverfahren.

#### Positionen der heutigen Niedersächsischen Landesregierung

Die jetzige, von der SPD und den Grünen gestellte Landesregierung in Niedersachsen hält die Nutzung der Atomenergie für gefährlich, unverantwortlich und überholt. Wir wollen sie so schnell wie möglich beenden. Dazu haben wir den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens, die uns 1990 gewählt haben.

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir schwere Hypotheken geerbt: Neben vier Atomkraftwerken liegen auch alle geplanten und tatsächlichen Endlagerstandorte in Niedersachsen. Einzige Ausnahme ist das an der Grenze zu Niedersachsen gelegene Endlager Morsleben – ein zweifelhaftes "Brautgeschenk" der deutschen Einheit.

Bei den niedersächsischen Endlagern handelt es sich um:

- das schon erwähnte Gorleben, heute vor allem in der Diskussion für die Einlagerung hochradioaktiver Abfälle
- Schacht Konrad, nur 15 Kilometer von hier entfernt. Dort soll die große Menge des nicht wärmeentwickelnden Mülls eingelagert werden
- Außerdem gibt es noch die Altlast Asse – auch ganz in der Nähe
- wo 126.000 Fässer mit schwach- und mittelaktiven Abfällen eingelagert sind.



Die Niedersächsische Landesregierung trägt die Verantwortung für die Sicherheit der Menschen und wird mit diesen Hypotheken verantwortlich umgehen.

Seit der intensiv geführten Endlager-Debatte und der Festlegung der Standorte in den 70er Jahren war es um dieses Thema zunächst ruhig geworden. Grundsätzliche Fragen der Endlagerung wurden – wenn überhaupt – nur zusammen mit der Nennung konkreter Standorte aufgeworfen, Sicherheitsstandards laufend verändert. Die Option, 'Nein' zu sagen, war praktisch nicht gegeben.

Heute haben wir ein Vielfaches an neuen Informationen und Erkenntnissen. Denn Wissenschaft und Forschung sind in 20 Jahren ja nicht stehengeblieben. International verbindliche Kriterien für die Endlagerung von Atommüll gibt es trotzdem bis heute nicht.

Bei strahlendem Atommüll handelt es sich – wie wir alle wissen – nicht um irgendwelche Komposthaufen. Wir sind verpflichtet, mit unseren gefährlichen radioaktiven Altlasten verantwortlich umzugehen. Wir dürfen unsere Probleme nicht einfach nachfolgenden Generationen aufbürden. Ein solch verantwortlicher Umgang mit dem Problem Endlagerung von Atommüll kann auch bedeuten, einmal getroffene Standort-Entscheidungen in Frage zu stellen. Es muß möglich sein, Alternativen in ergebnisoffenen Verfahren gegeneinander abzuwägen.

Planungen müssen vor dem Hintergrund des Fortschrittes in Wissenschaft und Technik laufend überprüft und hinterfragt werden.

Das will ich, das will die Niedersächsische Landesregierung auf diesem Internationalen Endlager-Hearing tun. Ich halte es für außerordentlich wichtig, die internationale Diskussion über dieses brisante Thema auf möglichst breiter Ebene zu führen.

Es geht ausdrücklich nicht darum, Verantwortung abzuschieben, sondern die weltweit gewonnenen Erkenntnisse für die Suche nach einem sicheren Endlager-Standort in Deutschland zu nutzen! Aber: Die Endlager-Diskussion muß vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Viele offene Fragen gilt es anzusprechen und zu beantworten:

- Was muß zum Beispiel vor der Standortauswahl geschehen?
- Welche Kriterien sind bei der Endlagersuche anzulegen?
- Wenn es um die Frage der Eignung geht: müssen wir uns nicht auch vorher überlegen, wann ein Standort auszuschließen ist?
- Muß nicht zwingend bekannt sein, wieviel und welche Art von Abfällen eingelagert werden müssen, um sicher planen zu können?



- Dürfen wir es unseren Nachkommen zumuten, daß in Atomkraftwerken und Wiederaufarbeitungsanlagen immer weiter Atommüll produziert wird, mit dem sich unsere Kinder und Kindeskinde herum-schlagen müssen?

Das Hearing hier in Braunschweig soll der Einstieg in eine offene und auch öffentliche Debatte sein, die hoffentlich zu einem späteren Zeitpunkt in einem anderen Gastgeberland fortgesetzt werden wird. Eine Debatte, die schon längst hätte geführt werden müssen - nicht von uns, sondern der Bundesregierung!

Alle, die heute hier versammelt sind, zeigen mit ihrem Interesse Verantwortung bei der Suche nach Lösungen für unsere ungeklärten Endlagerprobleme.

Ganz anders verhält sich leider der Bundesumweltminister, der in Deutschland für die Endlagerung von Atommüll zuständig ist. Er hat wiederholt meine Einladungen zu diesem wichtigen Hearing aus-geschlagen und glänzt heute durch Abwesenheit.

Außerdem hat er auch seinen nachgeordneten Behörden verordnet, nicht nach Braunschweig zu kommen. Sie meinen, bereits alles zu wissen. Sie scheinen keine neuen Impulse für die Endlager-Debatte zu wünschen, oder vielleicht fürchten sie diese sogar.

Diese Trotzhaltung vermag ich nicht nachzuvollziehen. Sie bringt uns nicht weiter und wird auch die Errichtung eines Endlagers nicht beschleunigen. Dafür wird die Glaubwürdigkeit in die Verant-wortlichen einmal mehr in Zweifel gezogen.

Dabei beginnt sich doch herumzusprechen, daß Atomkraftwerke - ja vielleicht Großkraftwerke überhaupt - die "Dinosaurier der Ener-giewirtschaft" sind. Von Dinosauriern wissen wir, daß sie schon seit langem ausgestorben sind, und sie feiern hoffentlich nur im Kino Wiederauferstehung.

Auch die Tage der Dinosaurier-Technolgien sind gezählt. Die Ener-gieerzeugung der Zukunft wird in kleinen, anpassungsfähigen und äußerst effizienten Einheiten vor sich gehen.

Klar ist: Nach dem Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie muß der Atommüll so sicher wie möglich gelagert werden. Aber - der Ausstieg aus dieser verantwortungslosen Technolgie ist eine una-bdingbare Voraussetzung. Eine Form der Energieerzeugung, die der-art risikoreich ist und deren Folgen wir immer noch nicht ab-schätzen können, ist ein Auslaufmodell.

Um zu erfahren, wie Endlagerkonzepte aussehen könnten und wie man sie verwirklichen kann, werde ich die Vorträge und Diskussionen auf diesem Internationalen Hearing sehr aufmerksam verfolgen. Wir möchten so viel wie möglich wissen, Anregungen aufnehmen und die weltweiten Erkenntnisse mit den Realitäten in Deutschland ver-gleichen.



Das Hearing beginnt mit den Folgen des Uranabbaus und endet mit dem notwendigen Ausblick auf eine umweltverträgliche und ressourcenschonende Energiezukunft.

Ich bin gespannt auf die Diskussion und gebe jetzt das Wort an Prof. von Weizsäcker. Er hat die sicher nicht leichte Aufgabe übernommen, dieses Endlager-Hearing zu moderieren. Dafür danke ich ihm schon an dieser Stelle ganz herzlich.